

Rechtsausschuß

Protokoll

22. Sitzung (nicht öffentlich)

24. Juni 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
---	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
----------------------------------	---

1 Aktuelle Viertelstunde	1
--------------------------	---

- a) Bitte des Abgeordneten Diegel (CDU) um Auskunft über die Umsetzung der geänderten Stellenobergrenzen

Minister Dr. Krumsiek macht eine kurze Mitteilung.

2 Informationsreise einer Kommission des Rechtsausschusses nach Rußland, Litauen und Weißrußland in der Zeit vom 10. bis 19. Mai 1992

1

Vorlage 11/1362

Der kurze Bericht des Vorsitzenden steht unter den Stichworten "Einbeziehung der hiesigen Legislative in die Gesetzgebungsverfahren der besuchten Staaten" und "Unterstützung der Staaten der ehemaligen Sowjetunion beim Aufbau eines Rechtssystems durch Fortbildungsmaßnahmen für Juristen".

3 Sichere Unterbringung psychisch kranker Häftlinge

2

Justizminister Dr. Krumsiek nennt die fünf Arten der Unterbringung und deren Rechtsgrundlage.

4 Aids und Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen

6

Umsetzung der Empfehlungen der AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2639

Vorlage 11/1085

Zuschrift 11/1660

Der **Ausschuß** vertagt die Beratung, um sie nach Vorliegen einer Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung von Justizkostengesetzen

6

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3439

Der **Ausschuß** stimmt dem Gesetzentwurf wie von der Landesregierung vorgelegt zu.

6 Landesbauordnung und Nachbarrecht

6

Vorlage 11/1254 und 11/1296

Der **Ausschuß** einigt sich darauf, den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen zu bitten, sich im Rahmen der Beratung über die Novellierung der Landesbauordnung des einschlägigen Problems anzunehmen.

Der Justizminister soll bis zur nächsten Sitzung des Rechtsausschusses eine das Problem betreffende Vorlage erstellen. Im Anschluß daran wird der Ausschuß über die Durchführung einer Anhörung entscheiden.

7. Nordrhein-Westfalen gegen "Lauschangriff"

9

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3804

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird bis zu dem Zeitpunkt vertagt, zu dem die Angelegenheit durch gesetzgeberische Vorhaben wieder akut wird.

- 8 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Solingen, einige Vorschriften des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1991 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1991) vom 30. April 1991 (GV. NW. S. 214) verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung** 12

VerfGH 9/92

Vorlage 11/1337

Der Ausschuß will den Verfassungsgerichtshof um Fristverlängerung für eine Stellungnahme bitten und den Punkt in der nächsten Sitzung erneut behandeln.

- 9 Verfassungsgerichtliches Verfahren** 13
Antrag des Herrn Olaf Möller, MdL, Maxim-Gorki-Straße 76,
0 - 6900 Jena, festzustellen,
1. die auf der 31. Sitzung des Thüringer Landtags am 10. Oktober 1991 unter Tagesordnungspunkt 3 getroffene Bestimmung von zwei gesellschaftlich bedeutsamen Organisationen oder Gruppen als Mitglieder des Rundfunkrates nach § 19 Abs. 1 Nr. 16 des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk (GBBl. Thüringen, 1991, S. 119 ff.) wird für ungültig erklärt,
 2. die Wahl durch den Thüringer Landtag von zwei gesellschaftlich bedeutsamen Organisationen und Gruppen als Mitglieder des Rundfunkrates nach § 19 Abs. 1 Nr. 16 des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk wird so durchgeführt, daß alle formell

zulässigen Bewerbungen zur Abstimmung stehen und entsprechend der Stimmenanzahl der einzelnen Bewerbungen nach der d'Hondt'schen Formel die beiden Mitglieder des Rundfunkrates ermittelt werden.

2 BvH 3/92

Vorlage 11/1342

Der Ausschuß nimmt nicht Stellung.

- 10 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Aachen, die Verordnung zur Bestimmung der Regelbeträge nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 6. Juni 1991 (GV. NW. S. 242) in der Fassung vom 27. Juli 1991 (GV. NW. S. 343) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung** 14

VerfGH 11/91

Vorlage 11/1363

Der Ausschuß nimmt nicht Stellung.

11 Verschiedenes

15

a) Besetzung der Vollzugskommission

Der Ausschuß erklärt sich damit einverstanden, den Abgeordneten Hagen Müller (SPD) als Nachfolger für den aus der Vollzugskommission ausgeschiedenen Abgeordneten Drese (SPD) zu bestimmen.

b) Eindringen der organisierten Kriminalität in den Justizbereich

Abgeordneter Appel (GRÜNE) bittet den Minister um einen Bericht in der nächsten Ausschußsitzung.

Minister Dr. Krumsiek erklärt sich bereit, mündlich deliktsbezogene Zahlen zu nennen.

4 Aids und Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen

Umsetzung der Empfehlungen der AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2639

Vorlage 11/1085

Zuschrift 11/1660

Der **Ausschuß** vertagt die Beratung, um sie nach Vorliegen einer Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung von Justizkostengesetzen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3439

Der **Ausschuß** stimmt dem Gesetzentwurf wie von der Landesregierung vorgelegt zu.

6 Landesbauordnung und Nachbarrecht

Vorlage 11/1254 und 11/1296

Als Anstoß für die Behandlung dieses Punktes nennt der **Vorsitzende** Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern, die durch das Auseinanderklaffen von öffentlich-rechtlichem Baurecht und privatrechtlichem Nachbarrecht betroffen seien.